

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juni 2004



## Stabilität bewahren – auch im größeren Europa

Die Europäische Union ist größer geworden, und sie ist auf dem Weg zu einer Verfassung. Es stimmt hoffnungsfroh, dass die Preisstabilität in den Katalog der Ziele aufgenommen wurde, auf die sich die Europäische Union als Verfassungsversprechen festlegt. Dahinter steht die Erkenntnis, dass politische Stabilität auf Dauer nicht ohne Preisstabilität zu haben ist: Inflation setzt Kräfte frei, die den Zielen des wachsenden Wohlstands und der Gerechtigkeit entgegenwirken. Es ist gut, dass „Europa“ diese Erfahrung nicht ignorieren will.

Doch mit der politischen Deklaration ist es nicht getan. Preisstabilität braucht das Fundament einer guten Geldordnung. In deren Zentrum steht die Unabhängigkeit der Notenbank. Auf die Europäische Union – beziehungsweise auf die Euro-Zone – übertragen heißt das: die Unabhängigkeit nicht nur der Europäischen Zentralbank, sondern auch der nationalen Zentralbanken, die das „Europäische System der Zentralbanken“ bilden. Zumutungen der Politik kann dieses System mit seinem Spitzeninstitut der Europäischen Zentralbank nur dann wirksam entgegenreten, wenn die Voten der nationalen Notenbanken regierungsunabhängig sind. Für Deutschland heißt das: die Unabhängigkeit der Bundesbank ist und bleibt auch in „Europa“ zu verteidigen. Hier aber sieht der Verfassungstext Formulierungen vor, die zu Bedenken und Skepsis Anlass geben.

Die Deutsche Bundesbank verdient daher alle Unterstützung, wenn sie davor warnt, etwas in die Verfassung zu schreiben, das einen möglichen Rückfall hinter den „Stabilitätskonsens von Maastricht“ erleichtern oder gar provozieren könnte. Der finanzwirtschaftliche „Stabilitätspakt“ von Maastricht ist durch das Verhalten einflussreicher Mitgliedsstaaten bereits entwertet. Es wäre verhängnisvoll, wenn bald auch die geldwirtschaftliche Stabilität dem politischen Kurzfristkalkül zum Opfer fiele. Das Stabilitätsplädoyer der Geldpolitik muss hörbar bleiben. Deshalb ist deren politische Unabhängigkeit so wichtig.

*Hans D. Barbier*

## Verzweifelt gesucht: Ersatz für Erdöl

Im Oktober 1973 benutzte die Organisation der Arabischen Erdölexportierenden Staaten (OAPEC) die Ölvorkommen ihrer Mitglieder erstmals als politische Waffe. Drastische Preiserhöhungen und Lieferboykotte sollten die westlichen Industrienationen zwingen, ihre pro-israelische Haltung aufzugeben. Damals wurde deutlich, wie abhängig die Industrienationen vom Erdöl sind. Die Folgen in Deutschland: Tempolimits, Sonntagsfahrverbote und Erklärungen, dass schnellstens alternative Energiequellen aktiviert werden müssen. Dreißig Jahre später zeigt sich: Die Suche war wenig erfolgreich. Wieder explodieren die Ölpreise, und die Wirtschaft ist wie eh und je abhängig vom „schwarzen Gold“.

Im Jahr 2003 wurden weltweit Energie in Höhe von 15 Milliarden Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) verbraucht. 40 Prozent davon entfielen auf Erdöl, weitere 47 Prozent stammten aus den Energieträgern Kohle, Gas und Uran. Zehn Prozent der Energieversorgung wurde durch das Verbrennen von Holz und Dung abgedeckt, und lediglich drei Prozent stellten die viel diskutierten Zukunftsenergien Wind und Sonne, Biomasse, Erdwärme und Wasserkraft bei. In Deutschland betrug der Primär-Energieverbrauch ver-

gangenes Jahr 489 Millionen Tonnen SKE. Erneuerbare Energien trugen dazu 15,7 Millionen SKE – 3,2 Prozent – bei.

[www.worldenergy.org/wec-geis/global/downloads/edc/EFD2004.pdf](http://www.worldenergy.org/wec-geis/global/downloads/edc/EFD2004.pdf)

## Subventionen für Müller-Milch

Aus der Sicht von Ludwig Erhard sind echte Unternehmer stolz auf ihre Unabhängigkeit, und darauf, dass sie ihren Erfolg durch eigene Leistung und nicht durch staatliche Finanzhilfen erzielt haben. Als echter Unternehmer präsentiert sich auch Theo Müller, Chef der Molkereigruppe Müller-Milch, gern. Medienwirksam kritisierte er im September vergangenen Jahres die Politik: „Auf Dauer kann das hiesige Subventionssystem nicht funktionieren.“

Doch noch fließen die Subventionsgelder, und auch Müller-Milch geht dabei nicht leer aus. Das Molkerei-Unternehmen erhält 31,3 Millionen € für den weiteren Ausbau des Molkereistandes im sächsischen Leppersdorf, laut Umweltstiftung Euronatur die höchste Agrarsubvention der letzten drei Jahre. Die EU-Kommission hat im April 2004 die Zahlungen der sächsischen Landesregierung genehmigt, da durch die Erweiterung 144 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Was die Kommission nicht erwähnt: Rund 200 Arbeitsplätze verschwinden, weil Müller-Milch die Molkerei-Standorte

Vienenburg (Harz) sowie Amelunxen in Westfalen schließt.

### Lotteriespiel Arbeitssuche

Es wird immer schwieriger, einen Arbeitsplatz zu finden. Viele glauben, dass eine gute Qualifikation vor Arbeitslosigkeit schütze. Aber gleich ob Mann oder Frau, alt oder jung, Akademiker oder ungelernete Arbeitskraft – Arbeitslosigkeit bedroht mittlerweile jeden. So sind beispielsweise Zigtausende Fachleute für Informationstechnologie (IT) arbeitslos.

Seit dem Boomjahr 1999 – damals wurden sogar Fachkräfte aus Indien und anderen fernen Ländern mit Green Cards umworben – hat sich die Zahl der Arbeitsangebote für IT-Experten von Jahr zu Jahr etwa halbiert. Ende 2003 gab es 1 654 offene Stellen für 18 381 Bewerber. Die Bewerberzahl wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Derzeit gibt es in den IT-Fächern 122 990 Studierende, die demnächst auf den Arbeitsmarkt drängen werden.

Die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) sagt zwar, die Informationstechnologie sei inzwischen eine Querschnittstechnologie und habe weite Teile der Wirtschaft durchdrungen: „Ähnlich wie Wirtschaftswissenschaftler und Juristen finden IT-Fachkräfte auch in allen anderen Branchen ihren Arbeitsplatz.“ Aber die wachsende Zahl der Arbeitslosen zeigt, dass diese Arbeitsplätze nicht vorhanden sind.

[www.arbeitsagentur.de/content/de\\_DE/hauptstelle/a-04/importierter\\_inhalt/pdf/IT\\_Experten\\_Talsolehr\\_erreicht.pdf](http://www.arbeitsagentur.de/content/de_DE/hauptstelle/a-04/importierter_inhalt/pdf/IT_Experten_Talsolehr_erreicht.pdf)

## Reisezuschuss von Vater Staat

Die Ferienzeit rückt näher. Demnächst werden wieder Millionen Menschen ihre Urlaubsreisen antreten. Viele Fernwehkranken werden preisgünstige Angebote der Billig-Fluggesellschaften nutzen, um ihre Reiseziele zu erreichen.

Das Zeitalter der „Aldi-Airlines“ hat am 22. April 1999 begonnen. Morgens gegen 9.00 Uhr landete das erste Flugzeug des irischen Flugunternehmens RyanAir auf dem ehemaligen US-Militärflughafen in Hahn, bis dahin ein nahezu unbekannter Ort im Hunsrück. 1999 reisten im gesamten innereuropäischen Bereich knapp acht Millionen Passagiere per Billigflieger.

Seitdem hat sich das Angebot an Billigflügen stark ausgeweitet. Neben dem Marktführer RyanAir starten jetzt zahlreiche weitere Billigflieger von deutschen Flughäfen. Die bekanntesten deutschen Gesellschaften sind Air Berlin, Deutsche BA, Germanwings und Hapag Lloyd Express. In diesem Jahr erwarten die Billig-Airlines in Deutschland rund 22 Millionen Fluggäste. Das wäre gegenüber 2003 ein Zuwachs von 39 Prozent. Für die kommenden Jahre rechnen

die Flugunternehmen mit weiteren jährlichen Steigerungen von 25 Prozent.

### Preiskampf zu Gunsten der Passagiere?

Die Reisenden profitieren vom intensiven Preiskampf der gut 50 Billiganbieter in Europa. Für 19,90 € oder weniger in europäische Hauptstädte fliegen: Verbraucherherz, was willst du mehr? Wie diese günstigen Preise zustande kommen, ist nicht leicht nachzuvollziehen.

Was Personal- und Materialkosten betrifft, ist die Rechnung einfach. Die Billig-Airlines kommen mit weniger Bodenpersonal aus, denn meist wird nur mit einem Flugzeugtyp geflogen. Die Wartungs- und Sicherungsschiffe müssen dann auch nur auf diesen Typ geschult werden. Der Ticketverkauf läuft über das Internet oder das firmeneigene Callcenter. Personalkosten, Miete

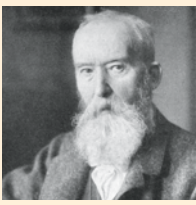
und Reisebüro-Kommissionen werden eingespart. Statt gedruckter Flugscheine erhalten die Fluggäste nur Buchungsnummern. Dadurch werden Material- und Versandkosten gespart. Weil Service nur gegen Bezahlung angeboten wird, kann auch auf Flugbegleiter verzichtet werden. Außerdem stehen die Sitzreihen enger zusammen, so dass mehr Passagiere pro Flug befördert werden können. Einfluss auf die Ticketpreise hat schließlich die Wahl der Flughäfen. Auf Regionalflughäfen sind Gebühren für Starts, Landungen und Wartung der Flugzeuge günstiger als auf Großflughäfen.

Undurchsichtiger gerät die Preisgestaltung durch Mischkalkulationen. Dadurch kommen werbewirksame Ticketpreise zu Stande, und geschicktes Marketing suggeriert Dauerniedrigpreise. Oft sind die günstigen Tickets

### Steuern und sonstige Kosten im Personenverkehr

	PKW und Motorrad	Eisenbahn	Bus- und S-/Straßenbahn	Flugzeug
Mineralölsteuern	Diesel: 0,44 Normal: 0,66 Super: 0,72	Diesel: 0,47	Diesel: 0,41	keine
Ökosteuern	0,15	Diesel: 0,15 Strom: 0,10	Diesel: 0,09 Strom: 0,10	keine
Mehrwertsteuer	keine	16 Prozent	7 Prozent	16 Prozent bei Inlandsflügen
Wegekosten	keine	Trassenpreise der DB Netz AG	S-Bahn: wie Eisenbahn sonst keine	Start-/Landengebühren

Kraftstoffpreise in Euro/Liter; alle Beträge gerundet



„Froh schlägt das Herz im Reisekittel,  
vorausgesetzt man hat die Mittel.“

Wilhelm Busch

aber nur für ein begrenztes Kontingent zu haben – branchenüblich sind zehn bis dreißig Prozent der Plätze –, die Mehrzahl der Passagiere fliegt wesentlich teurer. Ebenso häufig sind Schnäppchenflüge nur Einführungsangebote, um neue Kunden zu werben.

### Subventionen fürs Fliegen

Am wenigsten durchschaubar sind die direkten und indirekten öffentlichen Hilfen. In jedem Fall profitieren die Billigflieger wie auch alle anderen Fluggesellschaften von Steuerbefreiungen: Für Flugbenzin wird keine Mineralölsteuer – und damit auch keine Ökosteuer – fällig. Bei grenzüberschreitenden Flügen entfällt zudem die Mehrwertsteuer auf den Ticketpreis.

Von verdeckten Staatshilfen, beispielsweise Vergünstigungen bei der Wahl des Flugplatzes, profitieren die Billig-Airlines in besonderem Ausmaß: Sie fliegen aus Kostengründen vorrangig Regionalflughäfen an. Deshalb kommt ihnen zu Gute, wenn Bundesländer den Ausbau von Regionalflughäfen forcieren. Das Land Rheinland-Pfalz und der Betreiber des Flughafens Hahn wollen 100 Millionen € ausgeben, um unter anderem die Startbahn für größere Maschinen herzurichten. Die hessische Landesregierung will ebenfalls 20 Millionen € zuschießen. Beide Bundesländer wollen eine Straßenverbindung zwischen den Flughäfen Frankfurt und Hahn finanzieren. Die vor Jahren außer Dienst gestellte Hunsrückbahn soll zwischen Hahn und Frankfurt reaktiviert werden.

Außerdem wurde eine Planungsstudie für eine ICE-Strecke zwischen Frankfurt und dem Hunsrück in Auftrag gegeben.

Ähnliche Aktivitäten gibt es in anderen Regionen. Mindestens 100 Millionen € von geschätzten 151 Millionen € Erweiterungskosten übernimmt das Land Hessen für den Ausbau des Flugplatzes Kassel-Calden. Dem Bundesland gehören 50 Prozent der Anteile am Flughafen, die andere Hälfte teilen sich zu je einem Drittel Stadt und Landkreis Kassel sowie die Gemeinde Calden. Auch Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und andere Bundesländer wollen mehr für größere Regionalflughäfen aufwenden. Ergänzend zum Ausbau der Flughäfen werden fast immer auch die Zufahrten zu den Flughäfen erweitert.

### Tourismusförderung durch den Steuerzahler

Die angeflogenen Regionen erhoffen sich durch die Anbindung an den Luftverkehr touristischen Erfolg. Das wissen die Fluggesellschaften, und sie lassen sich von den Regionen dafür sogar bezahlen. Kürzlich verpflichtete sich der lokale Hotelverband in Danzig, den Billigflieger Air Polonia mit Zuschüssen zu unterstützen, damit die Stadt in den Flugplan aufgenommen wird. Anderswo subventionieren einzelne Flughäfen Billigflieger mit dem Instrument der „Wirtschaftsförderung“. Sie gewähren Sondergebühren, treiben Werbung für die Fluggesellschaften und bezahlen die Hotelkosten der Flugzeugbesatzungen. Dass solche Bei-

hilfen sogar rechtswidrig sein können, zeigt der Fall des belgischen Flughafens Charleroi. Die EU-Kommission verpflichtete RyanAir zur Teilrückzahlung von Zuwendungen der Regionalregierung Walloniens. Die Kommission will nun die Subventionierung generell einschränken.

### Wettbewerb und Umwelt haben das Nachsehen

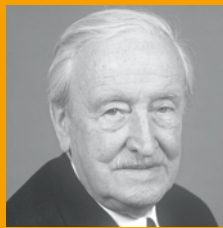
Anbindung und Ausbau von Regionalflughäfen fördern den Flugverkehr und damit in vielen Fällen Reisen, die sonst zu Land abgewickelt würden. Billigangebote zielen vorrangig auf Kunden mit schmalen Geldbeutel, die vorwiegend Bahn oder Pkw nutzen. Das heißt, Billigflieger erzeugen Verkehrsbedürfnisse, an die laut Germanwatch zwei Drittel der Flugpassagiere ohne die Tiefpreise nicht denken würden. Da die günstigen Flugpreise mit staatlicher Hilfe zu Stande kommen, erhält der Flugverkehr Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Verkehrsträgern. Im Wettbewerb der Fluggesellschaften wiederum profitieren die Billig-Flieger, weil sie mit Sonderkonditionen – oder, wie im Fall RyanAir, sogar mit Zahlungen an die Fluggesellschaft – an bestimmte Standorte gelockt werden. Das wäre akzeptabel, wenn private Investoren die Flughäfen betreiben würden. Flughäfen sind aber üblicherweise im Besitz von Bund, Ländern und Gemeinden, und damit kommt die Allgemeinheit für sämtliche Vergünstigungen auf.

Neben den Wettbewerbsaspekten fallen auch ökologische Gründe ins Gewicht. Flugzeu-

ge verursachen – wie jedes motorisierte Verkehrsmittel – ökologische Belastungen. Emissionen in höheren Luftlagen sind jedoch schädlicher als solche in Bodennähe. Auch beeinträchtigt der Fluglärm Mensch und Umwelt. Das Umweltbundesamt beziffert die Umweltschäden – die so genannten externen Kosten – für einen Flug von Berlin nach München auf rund 10 € pro Passagier. Die externen Kosten vervierfachen sich bei Langstreckenflügen. Studien von INFRAS und IWW haben die Durchschnittskosten einzelner Verkehrssysteme inklusive Stau- und Unfallkosten berechnet: Pro Tausend Personenkilometer verursacht das Flugzeug demnach externe Kosten von 48 €, die Bahn dagegen kommt auf 20 €. Bahnfahren wäre unter dem Umwelt-Gesichtspunkt also zwei Mal günstiger als fliegen.

### Hoffnungsträger Flugverkehr?

Trotzdem setzt die Politik auf Wachstum im Flugverkehr. Dabei verweisen Studien von McKinsey oder der Deutschen Bank Research inzwischen auf bestehende und wachsende Überkapazitäten mit absehbaren Folgen: Die ersten Billig-Fluglinien sind bereits Pleite. Anfang Mai 2004 stellte beispielsweise die irische JetGreen Airways nach nur einer Woche den Flugbetrieb ein. Das Geld für 40 000 vorverkaufte Tickets könne allerdings nicht zurückerstattet werden, teilte JetGreen mit. Die Passagiere in spe sollten sich an ihre Reiseversicherungen wenden.



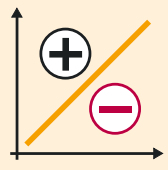
„Finanzminister und Bankiers haben eins gemeinsam: Sie leben von anderer Leute Geld. Die Bankiers haben nur die unangenehme Aufgabe, es wieder zurück zu zahlen.“

Hermann Josef Abs, deutscher Bankier

## IM KLARTEXT

Juni 2004

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Juni 2004

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung



Nur 47 Prozent der 55 bis 64 Jahre alten Männer stehen noch im Erwerbsleben, bei den Frauen sind es sogar nur 30 Prozent. Doch die Ära der Frühverrentung dürfte dem Ende entgegengehen. Die Politik hat endlich eingesehen, dass Frühverrentung im großen Stil auf Dauer unbezahlbar ist. Vorruheständler belasten die Rentenkassen doppelt: Sie treiben die Auszahlungen in die Höhe, und fehlen als Beitragszahler. Nach den Plänen der Bundesregierung sollen Anreize zur Frühverrentung beseitigt werden, und das faktische Renteneintrittsalter soll

zwischen 2006 und 2008 von 60 auf 63 Jahre steigen.

Ob diese Änderungen reichen werden, um die massenhafte Verschwendung von Berufs- und Lebenserfahrung zu verhindern, wird sich zeigen. Immerhin zählen in den meisten Wirtschaftsbereichen Arbeitnehmer mit 45 längst zum „alten Eisen“.

### Geldwertstabilität

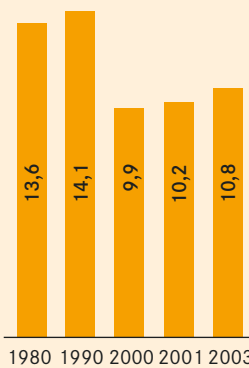


Die derzeitige Kaufzurückhaltung der Deutschen lässt sich nach Ansicht der Bundesbank nicht allein mit der verhaltenen Einkommensentwicklung in Deutschland erklären. Dass die Sparquote auf knapp elf Prozent gestiegen sei, liege an der Einsicht in die Notwendigkeit eigener Vorsorge sowie an der Verunsicherung durch die Politik. Da viele Bürger meinen, sich immer weniger auf die Sozialversicherungen verlassen zu können, stocken sie ihre eiserne Reserve auf.

Eine höhere Ersparnisbildung fördert die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, sofern das Gesparte produktiv verwendet und investiert wird. Derzeit geschieht das nur zum

### Sparquote

in Prozent des BIP



Quelle: Deutsche Bundesbank

Teil: Den 151 Milliarden €, die die privaten Haushalte im vergangenen Jahr gespart haben, stehen nur Nettoinvestitionen von 61 Milliarden € gegenüber. Nur Realinvestitionen garantieren auch in den kommenden Jahren genügend Erträge, nur damit bleibt Ersparnis langfristig wertbeständig.

### Eigenverantwortung

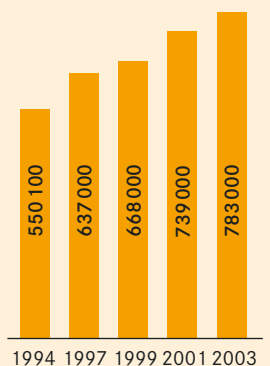


Trotz dümpelnder Konjunktur wächst die Zahl der Freiberufler in Deutschland: 1994 waren 550 100 aktiv, 2003

gab es 783 000 – ein Zuwachs von gut 40 Prozent.

Noch kräftiger ist die Zahl der von Freiberuflern Beschäftigten gewachsen: Von rund 1,2 Millionen stieg die Mitarbeiterzahl seit 1994 auf inzwischen stattliche 2,6 Millionen. In Praxen und Büros arbeiten 157 000 Familienangehörige mit, und rund 160 000 Azubis haben ihre Lehrstelle bei einem Freiberufler. Insgesamt sind 3,4 Millionen Menschen in diesem Bereich beschäftigt, knapp zehn Prozent aller Erwerbstätigen.

### Freiberufler



Quelle: Institut für Freie Berufe

### Aktive Arbeitnehmer

in Prozent der 55- bis 64-Jährigen

	Männer	Frauen
Schweden	71	66
Irland	65	31
Griechenland	55	24
...		
EU	50	30
Deutschland	47	30
Frankreich	38	30
Belgien	35	17

Quelle: Eurostat, Stand 2002

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn  
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
 Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa - Bildarchiv, dpa Bilderdienste  
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*